

LANDTAGS KURIER



Seite 4:
Asyl und Integration
als Herausforderung
für Sachsen



Seite 12:
Freiwilliges Ehrenamt
als Bereicherung
Sachsens gewürdigt



Seite 18:
Geschichtstage
zeigen Betroffenheit
und Engagement

Ausgabe
10.14



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,

das Jahr 2015 hält als Haushalts- und Jubiläumsjahr wieder große Herausforderungen für den Sächsischen Landtag bereit.

Die Beratung und Verabschiedung des Doppelhaushalts für die Jahre 2015 und 2016 wird von Februar bis April die wichtigste Aufgabe der Abgeordneten sein.

Frühkindliche Bildung, Schulen, Polizei und Energie sind die zentralen Themen, die sich als wichtigste landespolitische und gesetzgeberische Aufgaben herauskristallisiert haben.

Der parlamentarische Brennpunkt der vorliegenden Ausgabe wird uns weiterhin beschäftigen.

Sachsen bleibt ein weltoffenes Land. Auch durch eine gezielte Zuwanderungspolitik von Fachkräften wollen wir die Zukunft unseres Landes sichern. Integrationspolitik ist Teil einer Strategie, die auf den sozialen und kulturellen Zusammenhalt, die Bewältigung des demografischen Wandels und die Chancengerechtigkeit auch für künftige Generationen ausgerichtet ist. Dafür erwarten wir von den Migrantinnen und Migranten aber auch alle Anstrengungen zur Integration.

Im Herbst 2015 feiern wir gemeinsam die Wiedergeburt unserer freiheitlichen Demokratie.

Das 25-jährige Jubiläum des Freistaates Sachsen und des ersten sächsischen Landesparlaments nach sechs Jahrzehnten nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft wird uns vergegenwärtigen, welche Werte wir errungen haben, die es in unserer Gesellschaft zu verteidigen gilt.

Wir werden uns an die Bildung unseres Freistaates, dessen Neugründung am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtburg Meißen und an die konstituierende Sitzung des Landtags am 27. Oktober 1990 in der Dreikönigskirche Dresden erinnern.

Ich würde mich freuen, auch Sie anlässlich von Veranstaltungen und Ausstellungseröffnungen wieder zu begrüßen, und wünsche allen Leserinnen und Lesern des Landtagskuriers ein glückliches, gesundes und erfolgreiches neues Jahr.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

// Titel: Jugendgeschichtstag im Sächsischen Landtag // Foto: S. Floss

PLENUM

4. Sitzung des Sächsischen Landtags Asyl und Integration CDU und SPD sehen Sachsen in der Verantwortung	4
4. Sitzung des Sächsischen Landtags Sorgen ernst nehmen Ohne eine solidarische Gesellschaft keine Entwicklung einer Willkommenskultur	6
5. Sitzung des Sächsischen Landtags Im Namen der Freiheit Meinungs- und Versammlungsfreiheit 25 Jahre nach der friedlichen Revolution	8
5. Sitzung des Sächsischen Landtags Auch auf Sachsen kommt es an GRÜNE fordern Konsequenzen aus dem UN-Klimagipfel 2014	10

HINTERGRUND

Protestbewegung Pegida	7
------------------------------	---

AKTUELLES

Geert Mackenroth (CDU) ist neuer Sächsischer Ausländerbeauftragter	7
Ehrenamt: Stillen Helden ein Gesicht geben Ehrung ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger im Sächsischen Landtag	12
Erzgebirge erleben Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag	14
Antrittsbesuch des neuen tschechischen Generalkonsuls	16
Weihnachtliche Stimmung am Rande des Dezemberplenums	16

JUGEND

Von Kaiser Wilhelm zu »Happy Meal«	18
--	----

SONDERTHEMA

Ein wertkonservativer Revolutionär Wolf-Dieter Beyer	20
---	----

GESCHICHTE

»anstellung eines Landtags« Eine erste sächsische Landtagsordnung aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----

Asyl- und Integrationspolitik braucht Willkommenskultur

Foto: S. Giersch

// Die 4. und die 5. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags befassten sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen europäischen und bundesdeutschen Flüchtlings- und Asylpolitik sowie der durch die Pegida-Kundgebungen angestoßenen Diskussionen schwerpunktmäßig mit der diesbezüglichen Verantwortung Sachsens. //

Asyl und Integration

CDU und SPD sehen Sachsen in der Verantwortung

// Zu Beginn der 4. Sitzung des Sächsischen Landtags am 17. Dezember 2014 debattierten die Abgeordneten vor dem Hintergrund der Verantwortung Sachsens im Rahmen der europäischen und bundesdeutschen Flüchtlings- und Asylpolitik über die Themen Asyl und Integration. Beantragt hatten diese Debatte die Fraktionen CDU und SPD. Hintergrundinformationen zu Pegida lesen Sie auf Seite 9. //

Uwe Nösner

Mit dem neuen Ministerium und den zu schaffenden Arbeitsstrukturen könnte Sachsen im Bereich der Integration eine beispielgebende Rolle übernehmen.



// Petra Köpping

Fotos: S. Giersch

4. Sitzung des Sächsischen Landtags

Mit Blick auf die Pegida-Demonstrationen sagte Christian Hartmann, CDU, dass es nicht um die Anbieterung an eine gesellschaftliche Gruppe gehe, sondern um die Lösung eines Problems auf politischem Weg. Er fordere eine klare Trennschärfe in einer versachlichten Debatte. Ihm müsse es nicht gefallen, wofür oder wogegen jemand auf die Straße gehe, aber das Recht zu demonstrieren sei ein hart erkämpftes Grundrecht in unserem Land. Gegenseitige Beschimpfungen seien kontraproduktiv. Wer gegeneinander demonstriere,

verwehre einander den Dialog. Seine Fraktion sei für eine offene Diskussion mit PEGIDA-Anhängern bereit. Den Sorgen werde die CDU mit Fakten und sachlichen Argumenten entgegenzutreten, klischeehafte Pauschalisierungen und Stimmungsmache allerdings nicht dulden.

Politik erklären

Albrecht Pallas, SPD, wies darauf hin, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Asyl- und Migrationspolitik inzwi-

schen fast ausschließlich auf europäischer oder Bundesebene gestaltet würden. Aber auch der Freistaat Sachsen, die Staatsregierung und der Sächsische Landtag stünden in der Verantwortung, diese Regelungen mit Leben zu füllen. Pallas betonte die Verantwortung für alle im Freistaat lebenden Menschen, einschließlich der Asylsuchenden, Flüchtlinge und Zuwanderer. Das gelte auch für jene Menschen in Sachsen, die sich von dem aktuellen Anstieg der Flüchtlingszahlen verunsichert fühlten. Ihren diffusen Ängsten müsse immer und immer wieder mit Transparenz und Fakten

und fortwährenden Gesprächsangeboten begegnet werden. Viele Abgeordnete täten dies bereits. Nur so und unter Beteiligung aller könne verhindert werden, dass aus Angst Hass werde.

CDU mitschuldig

Rico Gebhardt, DIE LINKE, warf der CDU vor, sich mit ihrer Politik permanent in vordergründig arabische Länder einmischen und die deutsche Demokratie letztendlich mit Soldaten und Bomben dorthin exportieren zu wollen. Anschließend sei man verwundert, dass Leute auf die Straße gingen in der Meinung, das zu tun, was die Politik fordere, nämlich das Abendland zu verteidigen. Es werde nicht darüber geredet, dass Deutschland dritter Spitzenreiter bei Waffenexporten sei und die deutsche Wirtschaftspolitik zur Ungerechtigkeit in der Welt beitrage, sondern nur über die Flüchtlinge, die im Land ankämen. Deshalb treffe die CDU-Politik eine Mitschuld an der Situation, dass sich der Stammtisch mit der AfD eine parlamentarische Vertretung gewählt habe und jetzt der Auffassung sei, auch noch die Straße erobern zu können.



// Christian Hartmann

// Albrecht Pallas

// Rico Gebhardt

// Dr. Frauke Petry

// Petra Zais

Für klare Regeln

Deutschland und Sachsen, so Dr. Frauke Petry, AfD, würden ihrer Verantwortung in der Asylpolitik durchaus gerecht. In Deutschland seien ungefähr 200.000 Asylanträge und in Sachsen fast 11.000 Antragsteller zu verzeichnen, von denen aber mitnichten alle Flüchtlinge und Asylbewerber seien. Es könnten nur etwa 30 Prozent diesen Status beanspruchen. Etwa 70 Prozent hätten kein Aufenthaltsrecht und müssten aufgrund eines fehlenden Einwanderungsrechtes dieses Asyl- und Flüchtlingsrecht benutzen, um nach Deutschland zu kommen. Die AfD erwarte, dass sich der Sächsische Landtag über die Staatsregierung im Bund dafür einsetzt, die Regeln zu konkretisieren, damit endlich eine klare Trennung zwischen Asyl- und Flüchtlingsrecht sowie Einwanderungsrecht zu erkennen sei.

Heim-TÜV fortsetzen

Petra Zais, GRÜNE, sprach sich dafür aus, den Heim-TÜV des ehemaligen Ausländerbeauftragten weiterzuführen und auch auf die neu einzurichtenden Heime auszuweiten. Das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz bedürfe einer grundlegenden Reform. Für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen müssten Mindeststandards in dem Gesetz verankert werden. Das von der Staatsregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzen-

verbänden erarbeitete Unterbringungs- und Kommunikationskonzept könne schon allein wegen seiner rechtlichen Unverbindlichkeit eine gesetzliche Regelung nicht ersetzen. Noch seien die Unterbringungsbedingungen im Freistaat Sachsen regional leider sehr unterschiedlich.

Gemeinsame Lösungen

Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, wies auf die Probleme hin,

die im Zusammenhang mit Pegida auf den Tisch kämen und sehr wenig mit Asylpolitik, Zuwanderung, Einwanderung und Flüchtlingen zu tun hätten. Das seien die sozialen Probleme in Deutschland. Die Menschen seien sozial gespalten und dem müsse entgegengearbeitet werden. Dieser wichtige Punkt dürfe auch in Zukunft in der Debatte in Sachsen nicht vernachlässigt werden. Sie glaube, dass es für Sachsen kein Problem sei, die momentan bei uns ankommenden Flüchtlinge aufzunehmen. Dazu müsse mit allen Partnern das Gespräch gesucht und die richtige Lösung gefunden werden. Mit dem neuen Ministerium und den zu schaffenden Arbeitsstrukturen könnte Sachsen im Bereich der Integration eine beispielgebende Rolle übernehmen. Daran werde sie sich als Ministerin messen lassen.



Sorgen ernst nehmen

Uwe Nösner

Ohne eine solidarische Gesellschaft keine Entwicklung einer Willkommenskultur



4. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

// Unter dem Titel »Wie solidarisch ist das ›Abendland‹? Sorgen ernst nehmen, Willkommenskultur entwickeln!« beantragte die Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Debatte, die am 17. Dezember 2014 auf der Tagesordnung der 4. Sitzung gestanden hat. //

Annekatrien Klepsch, DIE LINKE, bezeichnete es als beschämend, dass die CDU im Dresdner Stadtrat zusammen mit der AfD die Unterbringungskonzeption für die Flüchtlinge abgelehnt habe und Oberbürgermeisterin Helma Orosz nur dank Rot-Rot-Grün in der Lage gewesen sei, die Unterbringung durchzusetzen. Zugleich dankte sie denjenigen Menschen, die sich seit Jahren ehrenamtlich und ohne Rückhalt der Staatsregierung als Paten, Sprachlehrer, Ärzte oder Spender engagiert hätten.

Christian Hartmann, CDU, stellte klar, dass sich seine Partei in der Mitte der Gesellschaft befinde. Sie sei durch ein christliches Weltbild, aber ebenso durch die Erkenntnis der Lebenswirklichkeit der Menschen geprägt. Als Volkspartei gehe es ihr darum, den Ausgleich von berechtigten Interessen zu finden. Ihr gehe es demnach sowohl um die Menschen, die zu Recht Asyl bei uns suchten, als auch um die Bevölkerung, ohne die ein gemeinsames Miteinander nicht möglich sein werde.

Gefährliches Vorurteil

Juliane Pfeil, SPD, bezeichnete die von Nationalisten und Rassisten geschürte Angst vor Kriminalität von Ausländern als ein gefährliches Vorurteil, das ernst genommen und entkräftet werden müsse. Eine Willkommenskultur könne nicht einfach aufoktroiert werden. Um eine wirkliche Willkommenskultur in

Sachsen etablieren zu können, müsse Einwanderung von Bürgerinnen und Bürgern zunächst einmal als kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung für unser Land verstanden werden. Nach Auffassung von Dr. Kirsten Muster, AfD, führe der Antrag auf Asyl in Deutschland faktisch zur Selbstbürgerung aufgrund der massenhaften Duldung. Das nähmen die Bürger auf Dauer nicht hin. Dem Land fehle seit mindestens zwei Jahrzehnten ein Einwanderungsgesetz. Neue Einwohner könnten nicht wie eine Flutwelle plötzlich und unerwartet nach Deutschland kommen. Es werde eine aktive und moderne Gestaltung der Einwanderung gebraucht.

Menschenfeindlich

Missbrauch, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, sei das falsche Wort, wenn es Menschen ablehnten, in ihren Heimatländern zugrunde zu gehen, und

bereite den Boden für rassistische Ressentiments. Wo menschenfeindliches Gedankengut sich hinter scheinbarer bürgerlicher Besorgnis verstecke, müsse seitens der Politik widersprochen werden. Wer den Dialog wolle, der müsse auch dazu bereit sein, die Ängste und Sorgen der Flüchtlinge ernst zu nehmen. Innenminister Markus Ulbig wandte sich gegen die Behauptung, in Deutschland gebe es neben dem Asylweg keine Möglichkeit zuzuwandern. Es gebe auch Arbeitsimmigration. Was die Asylverfahren betreffe, so seien diese allerdings zu lang. Wenn im Durchschnitt acht Monate gebraucht würden, bevor die Erstentscheidung getroffen werde, dann könne das nicht hingenommen und müssten die Bemühungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge deutlich verstärkt werden.



Tina Manja

Protestbewegung Pegida

// In der letzten Zeit wurden die Themen Flüchtlingshilfe und Asylpolitik in Gesellschaft und Politik immer wieder kontrovers diskutiert. Ebenso in den aktuellen Debatten der 4. und 5. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags am 17. und 18. Dezember 2014. Bei diesen Gesprächen fiel der Blick oft auf die Protestbewegung Pegida. //

Die Abkürzung »Pegida« bedeutet »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Die Gruppierung kann als Protest- oder Bürgerbewegung bezeichnet werden, welche ihren Ursprung in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden hat. Das Demonstrationsbündnis spricht sich gegen eine Islamisierung und für eine kontrollierte und konsequent durchzusetzende Einwanderungs- und Asylpolitik aus. Damit spaltet die Bewegung die Gesellschaft genauso wie die politischen Parteien.

Initiiert und organisiert werden die Kundgebungen und Demonstrationen von Lutz Bachmann, der auch als Referent auftritt. Seit Oktober 2014 finden allwöchentlich montags große Abendspaziergänge statt, bei denen die Demonstranten friedlich durch die Dresdner Innenstadt

ziehen. Die Bewegung erfährt kontinuierlich einen großen Zulauf, von anfänglich wenigen Hundert Protestierenden nahmen bereits bei der 9. Montagsdemonstration am 15.12.2014 ungefähr 15.000 Personen teil. Ebenso beteiligen sich Menschen aus anderen deutschen Städten an der Bewegung, so entstanden Montagsspaziergänge unter anderem in Würzburg (WüGIDA), Düsseldorf (DüGIDA) und Kassel (KAGIDA).

Forderungen

Am 10. Dezember 2014 veröffentlichte Pegida ein Positionspapier, in welchem sie in 19 Punkten ihre Anliegen ausformulierte und sich positionierte. Die Bewegung spricht sich unter anderem für »die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös

Verfolgten« aus, gleichzeitig fordert sie deren dezentrale Unterbringung und die Aufnahme einer Integrationspflicht in das Grundgesetz. Ebenso steht sie für »einen gesamt-europäischen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge« mit einer gerechten Aufteilung auf alle EU-Mitgliedsstaaten und eine »Aufstockung der Mittel« bei der Polizei, um den Stellenabbau zu verhindern, und bei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um die Verfahrensdauer für Asylantragsstellungen zu verkürzen. Des Weiteren spricht sie sich für sexuelle Selbstbestimmung aus und dafür, dass Bürgerentscheidungen nach Schweizer Vorbild eingeführt werden.

»Gender-Mainstreaming«, Radikalismus und Hassprediger werden von der Organisation abgelehnt.

Antagonisten

Die Pegida-Bewegung wird kontrovers diskutiert. Dabei werden die Teilnehmer dem rechtspopulistischen, rechtsextremen oder nationalistischen Lager zugeordnet. Viele kirchliche Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen das Demonstrationsbündnis als intolerant sowie ausländer- und islamfeindlich ab. Sächsische und bundesdeutsche Politiker äußerten sich ebenfalls kritisch zu den Forderungen. Zu den Montagsspaziergängen finden aus diesem Grund gleichzeitig Gegendemonstrationen statt. Die größte war bislang am 8. Dezember 2014; an ihr beteiligten sich ungefähr 9.000 Menschen bei einem Sternlauf gegen Pegida.

Quellen:
www.pegida.de
www.polizei.sachsen.de

Geert Mackenroth (CDU) ist neuer Sächsischer Ausländerbeauftragter

17.12.2014 – In der 4. Plenarsitzung der 6. Wahlperiode wählten die Abgeordneten am 17. Dezember 2014 Geert Mackenroth (CDU) in das Amt des Sächsischen Ausländerbeauftragten/Integrationsbeauftragten. Für Geert Mackenroth (gemeinsamer Wahlvorschlag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag) stimmten 80 Abgeordnete. Auf Petra Zais (GRÜNE), vorgeschlagen von den Fraktionen LINKE und GRÜNE im Sächsischen Landtag, entfielen 39 Stimmen. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Der Sächsische Ausländerbeauftragte fördert die Integration der im Freistaat Sachsen lebenden Ausländer und wahrt deren Belange. Grundlage seiner Arbeit ist das Gesetz über den Sächsischen Ausländerbeauftragten.



Foto: S. Giersch



www.landtag.sachsen.de/de/integration_migration/index.aspx



5. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

Im Namen der Freiheit

Meinungs- und Versammlungsfreiheit
25 Jahre nach der friedlichen Revolution

// Auf Antrag der AfD-Fraktion bildete »Gelebte Meinungs- und Versammlungsfreiheit 25 Jahre nach der friedlichen Revolution« den ersten Tagesordnungspunkt der 5. Sitzung des Sächsischen Landtags am 18. Dezember 2014. //

Fotos: R. Deutscher

Das hohe Gut der Versammlungsfreiheit, so Dr. Frauke Petry, AfD, sei ein Wesensmerkmal der Demokratie, die nichts anderes als Kontroverse bedeute. Das Verständnis dafür scheine 25 Jahre nach der friedlichen Revolution jedoch abhanden zu kommen. Man bewege sich atmosphärisch und im Befinden vieler Bürger genau in die gleiche Richtung, die vor 1989 zu erleben gewesen sei. In Europa gebe es diverse Gesetzesinitiativen, die die Redefreiheit bereits wieder einschränken wollten. In der Demokratie müsse man aber sagen dürfen, was man denke, auch wenn es dem Gegenüber nicht passe.

Ein hohes Gut

Die CDU-Fraktion lehnt Blockaden genehmigter Kundgebungen auch von Parteien wie der rechtsextremen NPD oder der Pegida ab. Marko Schiemann bezeichnete die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Unantastbarkeit der Würde des Menschen als zwei der wichtigsten Errungenschaften der friedlichen Revolution. Das bedeute, dass sich jeder öffentlich äußern dürfe, solange er die Würde anderer Menschen nicht verletze. Dazu gehörten auch die Meinungen, die man sich selbst nicht zu eigen mache. Das sei der große

Unterschied zu der Zeit vor 1989. Dieses hohe Gut der Meinungs- und Versammlungsfreiheit müsse überall in Deutschland verteidigt werden. Selbstverständlich machten die Menschen von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch und müsse die Politik ihnen Antworten geben. In einer demokratischen Gesellschaft müsse der Kompromiss immer gesucht werden.

ihrem Parteiprogramm nicht um die Versammlungsfreiheit, sondern darum, das Recht des Stärkeren durchzusetzen. Wer sich für Pegida versammle, der greife die Würde des Menschen an. Deshalb sei es wichtig, dass Menschen auch dagegen auf die Straße gingen. Sie hätten das Recht, sich nicht nur zu versammeln, sondern auch die Form der Versammlung selbst zu wählen. Auch eine sitzende Versammlung sei vom Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gedeckt.

Vom Grundrecht gedeckt

Der AfD, so Lutz Richter, DIE LINKE, gehe es entsprechend

// Dr. Frauke Petry

// Marko Schiemann

// Lutz Richter

// Hanka Kliese

// Eva Jähnigen





Foto: S. Giersch

Keine Gemeinsamkeit

Nach Auffassung von Hanka Kliese, SPD, hätten AfD und friedliche Revolution nichts miteinander zu tun. Auf der Straße sei zunehmend ein Kampf um die Deutungsmacht der friedlichen Revolution zu erkennen gewesen. Auf den Geist von 1989 könnten keine Partei, keine Strömung und kein Mensch allein Anspruch erheben. Dazu seien die Beweggründe der Demonstranten viel zu verschieden gewesen. Die gemeinsamen Werte aber seien nun gerade nicht bei der AfD und auch nicht bei den Begründern und Mitläufern von Pegida wiederzufinden. Sie habe bislang vergebens darauf gewartet, dass sich die AfD klar und deutlich von rassistischen Parolen und Hetzreden auf Pegida-Demonstrationen distanzieren.

Rassismus-Problem

Auch ihre Fraktion, so Eva Jäh-nigen, GRÜNE, habe ein Problem mit dem Rassismus, der auf den Demonstrationen der Pegida zu erleben sei. Dieser äußere sich von der unbegründeten Angst-mache vor dem Islam in Deutschland bis hin zu Naziparolen. Die AfD bediene diesen Rassismus und diese Vorurteile und distanzieren sich nicht davon. Sie wolle sich auf diesem Weg profilieren. Für den demokratischen Dialog, der gebraucht werde, stehe sie nicht.

Verständnis

Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz, zeigte Verständnis dafür, dass Menschen

ihre Ängste öffentlich äußern. Das sei ihr gutes Recht. Wer Freiheit für sich in Anspruch nehme, der müsse aber auch die Freiheit seiner Mitmenschen anerkennen. Wer die verfassungsrechtlich garantierte Versammlungsfreiheit dafür in Anspruch nehme, Grundrechte

anderer pauschal infrage zu stellen, der scheine genau das aus den Augen verloren zu haben. Wer Versammlungen dazu missbrauche, Ängste zu schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen, der werde seiner Verantwortung auch nicht gerecht.



Wer Versammlungen dazu missbraucht, Ängste zu schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen, der werde seiner Verantwortung auch nicht gerecht.

// Sebastian Gemkow

Uwe Nösner

Seit 1998, so Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, seien die CO₂-Emissionen in Sachsen um 25 Prozent gestiegen. Bei den Pro-Kopf-Werten stünde der Freistaat schlechter und nicht besser als alle anderen Länder da. Es sei daher bis 2020 mehr und nicht weniger für deren Absenkung zu tun. Anlässlich des Klima-



5. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Gerd Lippold
Foto: R. Deutscher

Für Mäßigung

Jörg Urban, AfD, gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich Vernunft und Mäßigung durchsetze. Es gebe keinen Grund, den Wirtschaftsstandort Sachsen für einen vermeintlichen und nicht leistbaren Klimaschutz zu gefährden. Die Energiewende bürde den Bürgern und der Wirtschaft riesige Kosten auf

Auch auf Sachsen kommt es an

GRÜNE fordern Konsequenzen aus dem UN-Klimagipfel 2014

// Auf Antrag der Fraktion GRÜNE stand am 18. Dezember 2014 unter dem Titel »Auch auf Sachsen kommt es an – Konsequenzen aus dem UN-Klimagipfel 2014 ziehen« eine Aktuelle Debatte auf der Tagesordnung der 5. Sitzung des Landtags. //

gipfels in Lima habe sogar der Papst angemahnt, sich jetzt mit vereinten Kräften und ohne Rücksicht auf Einzelinteressen mehr als bisher für den Klimaschutz einzusetzen.

Jan Hippold, CDU, rief in Erinnerung, dass sich seine Fraktion schon oft mit dem Thema Nachhaltigkeit befasst habe. Umweltpolitik könne nur erfolgreich sein, wenn sie mit wirtschaftlicher Entwicklung und Ökologie einhergehe. Das trenne seine Partei ganz stark von den GRÜNEN. Aufgabe sei es, künftigen Generationen eine lebenswerte und vor allem nutzbare Umwelt zu hinterlassen. Diese Bemühungen hätten in Sachsen schon in den letzten Jahren Früchte getragen.

Historisches Hoch

Marco Böhme, DIE LINKE, sah den weltweiten Kohlenstoff-Ausstoß auf einem historischen Allzeithoch. 2013 sei das wärmste Jahr seit Beginn der Wettermessung gewesen. Deutschland stehe unter den Top 10 der Länder mit dem größten CO₂-Ausstoß auf Platz 6 nach China, den USA, Indien, Russland und Japan. Beim Pro-Kopf-Ausstoß sei Deutschland mit 9,4 Tonnen CO₂ der viertgrößte Emittent. Sachsen stoße mit 11,2 Tonnen

pro Kopf sogar noch mehr CO₂ aus als Japan.

Braunkohleverstromung, so Simone Lang, SPD, sei ein großer CO₂-Treiber. Vor dem Hintergrund des Atomausstiegs und solange erneuerbare Energien die Versorgungssicherheit nicht gewährleisten könnten, werde die Braunkohle aber vorübergehend weiter gebraucht, um die Energiewende sicherzustellen. Die sächsische SPD will den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Sie habe sich dafür 2050 zum Ziel gesetzt. Das sei realistisch und auch sozial.

und füge ihnen großen Schaden zu. Solange in China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gehe, brauche in Sachsen nicht über die Abschaltung auch nur eines Braunkohlekraftwerkes diskutiert zu werden. Umweltminister Thomas Schmidt räumte ein, dass die Braunkohle zu den größten CO₂-Emittenten in Deutschland gehöre. Doch Klima höre nicht an Ländergrenzen auf. Es sei nicht nachvollziehbar, wenn in Sachsen hoch-effiziente Blöcke abgeschaltet würden und Strom aus Kernkraftwerken oder deutlich weniger effizienten Kraftwerken im Ausland importiert werde. Deshalb sei es wichtig, die sächsischen Kraftwerke, solange sie nötig seien, weiter zu betreiben.

Ehrung für freiwilliges soziales Engagement

Foto: S. Giersch

// Anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes luden der Sächsische Landtag und das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz 58 verdienstvolle Bürgerinnen und Bürger des Freistaates zu einem Empfang ein. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber und Staatsministerin Barbara Klepsch würdigten das freiwillige Engagement der »Ehrenamtler« als unverzichtbaren Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft. //



Katja Ciesluk

Ehrenamt: Stillen Helden

Ehrung ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger im Sächsischen Landtag



Sie sind als Zahnputzomi, Uhubrutplatz-Betreuer oder Trainer im Sportverein unterwegs, kümmern sich in ihrer Freizeit um die Erhaltung von Spielplätzen, organisieren unvergessliche Lagerfeuerabende oder begleiten Senioren zu Ausflügen – unzählige Männer und Frauen engagieren sich als »Ehrenamtler«, die ihre Zeit und Kraft ihren Mitmenschen und gemeinnützigen Projekten widmen, für unsere Gesellschaft.

Jährlich im Herbst stehen einige dieser fleißigen Helfer – stellvertretend für alle anderen – selbst im Fokus der Öffentlichkeit und werden mit einer Feierstunde im Sächsischen Landtag geehrt. »Es ist wichtig, öffentlich und laut Danke zu sagen, damit unsere Gesellschaft sieht, wie viel Unterstützung sie von ehrenamtlich Tätigen erhält«, sagte die vor wenigen Tagen ins Amt berufene Sozialministerin Barbara Klepsch während der Feierstunde im Plenarsaal. »Unsere stillen Helden müssen ein Gesicht bekommen und somit zum Vorbild werden«, ergänzte sie.

58 Bürger ausgezeichnet

Zusammen mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zeichnete die Ministerin im Sächsischen Landtag 58 Bürger aus dem gesamten Freistaat aus, die von den Landkreisen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen vorgeschlagen worden waren.

»Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement durchbricht die Wand, die unsere persönlichen Interessen von den gemeinschaftlichen Interessen trennt«, sagte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner.



Hintergrund: Tag des Ehrenamtes



Der Internationale Tag des Ehrenamtes ist ein jährlich am 5. Dezember abgehaltener Gedenk- und Aktionstag zur Anerkennung und Förderung ehrenamtlichen Engagements. Er wurde 1985 von der UN mit Wirkung ab 1986 beschlossen.

Der Sächsische Landtag und das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz laden aus diesem Anlass jedes Jahr ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Sachsen zu einem gemeinsamen Empfang nach Dresden ein.

// Am 22. November 2014 würdigten Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller und Sozialministerin Barbara Klepsch die Verdienste von 58 Bürgerinnen und Bürgern aus Sachsen, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Ehrung im Plenarsaal des Sächsischen Landtags erfolgt traditionell anlässlich des Tags des Ehrenamtes. //



Fotos: S. Giersch

ein Gesicht geben

»Ehrenamtliches Engagement wird auf diese Weise zum Fundament von Lebensqualität und kann gegenwärtig eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung für sich in Anspruch nehmen als jemals zuvor«, fügte Röbller hinzu.

Gelebte Demokratie

»Dank Ihres Einsatzes erleben viele Menschen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt als unverzichtbare Bestandteile einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft und wichtige Voraussetzungen gelebter Demokratie«, sagte der Präsident des Sächsischen Landtags mit Blick auf die Ehrenamtler.

Bereicherung für die Gesellschaft

Klepsch würdigte den freiwilligen Einsatz der Ehrenamtlichen als Bereicherung für die Gesellschaft: Ob in der Jugend- oder Seniorenarbeit, im Sport- oder Musikverein, bei der Blutspende, im Naturschutz oder bei der Freiwilligen Feuerwehr – ehrenamtliches Engagement durchdringe alle Bereiche der Gesellschaft.

An die Ehrenamtlichen gewandt, betonte die Staatsministerin: »Sie gestalten mit Ihrem Engagement unsere Welt mit, verbessern sie, verändern sie, prägen sie – und tun gleichzeitig und unbewusst etwas für sich selbst. Denn wir Menschen haben die tolle Eigenschaft, uns selbst Gutes zu tun, indem wir anderen Gutes tun.«



// Barbara Klepsch, Barbara Flade und Matthias Röbller während der Ehrung



// Ehrenamtlich Tätige berichteten über ihre Arbeit.

Katja Ciesluk

Erzgebirge erleben

Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag

Knapp 500 Besucher kamen am ersten Adventswochenende in den Sächsischen Landtag, wo sich der Erzgebirgskreis am 29. November 2014 mit einem Nachmittag der offenen Tür präsentierte und seine kulturelle, sportliche, musikalische und kulinarische Vielfalt demonstrierte. // So avancierte der Plenarsaal zum Laufsteg für Models, die innovative und phantasievolle Kreationen des Studiengangs Modedesign der Fakultät Angewandte Kunst Schneeberg vorführten. // Daneben durften aber natürlich auch die Traditionen des Erzgebirges nicht fehlen, die auf einem Volkskunst- und Handwerkermarkt mit Leben erfüllt wurden. // Das Erzgebirgsensemble Aue, die Kreismusikschule und der kul(T)our-Betrieb des Erzgebirgskreises umrahmten den Erzgebirgstag mit den passenden musikalischen Klängen. // In der Lobby hatten die Besucher außerdem die Möglichkeit, sich sportlich im Tischtennis, Golfen oder bei der Trendsportart »Headis« (Kopfballtischtennis) zu betätigen. // Der Tag der offenen Tür war der Höhepunkt der Ausstellung »Der Erzgebirgskreis – die Wirtschaftsregion – die Erlebnisheimat«, die noch bis zum 23. Januar 2015 im Sächsischen Landtag zu sehen ist. Die Schau ist Teil der Ausstellungsreihe »Sachsen und seine Regionen – voller Reichtum, voller Herz«, die der Sächsische Landtag gemeinsam mit der TU Chemnitz entwickelt hat, um den Regionen des Freistaates ein Podium zu bieten.



Fotos: O. Killig





Antrittsbesuch des neuen tschechischen Generalkonsuls

Gute Zusammenarbeit

Zugleich verwiesen sie auf die bestehende gute Zusammenarbeit. Dr. Jiří Kuděla würdigte insbesondere den binational-bilingualen deutsch-tschechischen Bildungsgang am Friedrich-Schiller-Gymnasium in Pirna. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler verwies seinerseits auf die engen Kontakte des Sächsischen Landtags zum tschechischen Senat und dessen Präsidenten Milan Štěch, vor allem im Rahmen des »Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag«. Einer der Höhepunkte war in diesem Rahmen die Konferenz »Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten«, die das Forum im Juni 2013 in Prag durchführen konnte.

// Dr. Jiří Kuděla, Generalkonsul der Tschechischen Republik in Dresden, stattete dem Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, am 4. Dezember 2014 seinen Antrittsbesuch ab und trug sich bei dieser Gelegenheit in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Der tschechische Diplomat, der

bereits als Botschafter in Bosnien und Kroatien tätig war, leitet seit Sommer 2014 das Generalkonsulat in der Landeshauptstadt. //

»Wir waren uns einig, dass die tschechische und die deutsche Volkswirtschaft eng miteinander verflochten sind und

Sachsen durch seine unmittelbare Nachbarschaft zur Tschechischen Republik hierbei eine herausragende Rolle spielt«, berichtet Dr. Rößler im Anschluss an das Gespräch. Unisono forderten beide die Fortsetzung grenzüberschreitender Projekte, vor allem in den Bereichen Verkehr, Kultur und Bildung.

Mit großer Sorge tauschten sich beide über die instabile Lage in Osteuropa im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise aus und betonten die Notwendigkeit eines außenpolitischen Zusammenwirkens der EU-Staaten in dieser Frage. *Katja Ciesluk*

Weihnachtliche Stimmung am Rande des Dezemberplenums

// Am 17. und 18. Dezember kamen die Abgeordneten zu den letzten Plenarsitzungen vor dem Jahreswechsel zusammen. Während im Plenarsaal aktuelle Themen diskutiert und parlamentarische Initiativen beraten wurden, stimmten Musiker und Bäcker am Rande des Dezemberplenums die Parlamentarier und Mitarbeiter auf das bevorstehende Weihnachtsfest ein. //

»O Tannenbaum«, »Feliz Navidad«, »In der Weihnachtsbäckerei« – mit diesen weihnachtlichen Klängen sorgten die Jungen und Mädchen des Jugendblasorchesters Görlitz e.V. am ersten Plenartag für

besinnliche Momente im Sächsischen Landtag und schürten die Vorfreude auf die bevorstehenden Feiertage. Damit führten die Musiker die schöne Tradition fort, dass der Sächsische Blasmusikverband e.V. alljährlich im Parlament weihnachtliche Weisen überbringt. Der Erzgebirgische Stollenverband e.V. lud parallel dazu zur großen Stollenverkostung ein.

Tags darauf übernahmen die Abgeordneten selbst das musikalische Zepter. Das fraktionsübergreifende Landtagsabgeordnetenorchester spielte – im mittlerweile vierten Jahr – im Altbaufoyer auf und nutzte die Gelegenheit, um sich bei den Mitarbeitern der Verwal-

tung für die Unterstützung in ihrer täglichen Arbeit zu bedanken. Viele neue Gesichter in den Reihen der musikbegeisterten Parlamentarier gaben

Grund zu der Hoffnung, dass diese schöne Gepflogenheit auch in den folgenden Jahren Bestand haben wird.

Katja Ciesluk

// Jugendblasorchester Görlitz e.V. // Foto: T. Schlorke



10. Jugendgeschichtestag mit Workshops und Geocache-Entdeckertour



Foto: S. Floss

// 25 Jugendgruppen und Vereine präsentierten am 20. und 21. November ihre Forschungsergebnisse zur Geschichte der eigenen Region im Sächsischen Landtag. Die Teilnehmer am 10. Jugendgeschichtestag erlebten ein abwechslungsreiches Programm, erwarben neues Wissen und tauschten Erfahrungen untereinander aus. //

Von Kaiser Wilhelm zu »Happy Meal«

Tina Manja

// Am 20. und 21. November war es wieder so weit: 25 Jugendgruppen präsentierten ihre bereits monatelang vorbereiteten Projekte. Dieses Jahr konnte sogar ein Jubiläum gefeiert werden. Der Jugendgeschichtstag fand zum 10. Mal statt. //

Geschichte ist »eine Reise in die Vergangenheit, um die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft zu meistern«. Davon ist wohl nicht nur der Geschäftsführer der Sächsischen Jugendstiftung, Tobias Heinemann, überzeugt. Auch dieses Jahr fand der Jugendgeschichtstag im Sächsischen Landtag regen Andrang von Jung und Alt.

Insgesamt stellten 25 Jugendgruppen und Vereine die Ergebnisse ihrer Nachforschungen auf dem Projekte-Markt aus. Die Aufgabe der jugendlichen Geschichtsforscher

bestand dieses Jahr darin, die Geschichte der eigenen Region abzubilden. Die Geschichte vor Ort zu untersuchen, so Johannes Zerger, Geschäftsführer der Stiftung Demokratische Jugend, sei besonders wichtig, um ebendiese vor dem Verschwinden im historischen Nirwana zu bewahren.

Bei seiner Begrüßungsrede betonte auch der Sächsische Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler die Relevanz der wissenschaftlichen Erforschung des Vergangenen und lobte die »aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte« und den damit verbundenen Generationenaustausch.

Geschichtsunterricht der ganz anderen Art

Am ersten Tag wurden die Jugendlichen dazu eingeladen, Geschichtsunterricht mal anders zu erleben. Angeboten wurden sechs verschiedene Workshops. Die Auseinandersetzung mit

historischen Ereignissen auf unterschiedliche Art stand dabei im Vordergrund.

Geschichte zum Anfassen erlebten die Teilnehmer im Dresdner Schulmuseum, hier wurde eine Schulstunde zu Kaiserzeiten nachempfunden. Die Schüler verkleideten sich und lernten, in altdeutscher Schrift zu schreiben. Einige Unruhestifter mussten mit »Stockhieben« in ihre Schranken gewiesen werden.

In der Gedenkstätte Bautzner Straße wurden die Teilnehmer durch das ehemalige Stasi-Gefängnis geführt, konnten ihre Fragen stellen und kamen mit Zeitzeugen ins Gespräch.

Der Workshop »Freiheit ist ...«, welcher in den Räumlichkeiten des Sächsischen Landtags stattfand, befasste sich mit der Definition des Freiheitsbegriffs und dessen Einschränkungen. Die Gruppe machte prompt Gebrauch von ihrer persönlichen Freiheit, brach aus den vorgesehenen Räumlichkeiten aus und breite-

te sich samt allen Darstellungsmaterialien im Gang aus. Unter den Teilnehmern entstand ein reger Austausch über die verschiedenen Ansichten und deren Übertragung in aktuelle politische Debatten.

Am Ende des ersten Tages waren alle Teilnehmer erschöpft, dennoch umsichtiger und vor allem auch nachdenklicher als zu Beginn der Workshops. Es wurde nicht nur neues Wissen erworben, sondern es konnten auch, wie ein Teilnehmer bemerkte, »Erfahrungen und wichtige Weltverbesserungsstrategien« gewonnen



werden. Ein Jugendlicher resümierte: »Ich nehme mit, dass man auf seine Mitmenschen achten muss und nur durch die Kommunikation Konflikte zu lösen sind und somit Frieden erreicht werden kann.«

Fotos: S. Floss

einer Gruppe nicht, die Rätsel zu lösen, und so musste ein Rettungsteam der Sächsischen Jugendstiftung gerufen werden. Die Gruppe konnte das Caching zwar zu Ende führen, erreichte allerdings als letzte, durchgefroren und abgekämpft, den Landtag.

die ihre Eltern in den Wirren der Aussiedlungen verloren hatten, bis zu »Memory of History« (Förderverein Jugend-, Kultur- und Sozialzentrum Aue e. V.), bei dem ein historisches Memory zur Stadtgeschichte von Aue professionell erstellt wurde, war alles vertreten. Die Vorstellung der Projekte war sowohl

zugerufenen Terminus »Happy Meal«. Die Preisverleihung wurde persönlich von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner durchgeführt. Der Publikumspreis ging an die völlig überwältigten Sieger, die Station Junger Naturforscher und Techniker e. V., jene Gruppe, welche als letzte den Geocache beendete. Mit ihrem Projekt »Bewahrung alter



Die Letzten werden die Ersten sein

Der Freitag begann schon am Morgen mit einer Geocache-Entdeckertour durch Dresdens Altstadt. Hoch motiviert schwärmten die Jugendgruppen bei frostigen Temperaturen aus, denn jeder wollte als Erster wieder im Sächsischen Landtag eintreffen. Mittels Kompass, GPS, QR-Codes und Rätseln sollten verschiedene Punkte ausfindig gemacht werden. Doch aufgrund von streikenden technischen Gerätschaften gelang es

Nach einer kurzen Erholung startete der Projekte-Markt. Die Jugendlichen stellten die Früchte ihrer monatelangen Arbeit mithilfe von sorgsam ausgelegten dekorativen Flyern und aufwendig gestalteten Plakaten aus. Es wurden sogar Filme gedreht und Präsentationen gehalten. Die einzelnen Projekte konnten nicht unterschiedlicher sein. Von dem Projekt »Auf den Spuren der Wolfskinder des 2. Weltkrieges«, (querdurch e. V.), das sich mit den Schicksalen derer beschäftigte,

spannend als auch lehrreich. Wer hätte gedacht, dass ein Denkmal über Nacht spurlos verschwinden kann wie das Körner-Denkmal in Chemnitz im Stadtteil Sonnenberg? Oder dass »Kaiser Wilhelm« eine Apfelsorte ist?

Nach einigen erhellenden Stunden wurde das Bühnenprogramm eröffnet. Der Sänger RANY begleitete mit entspannenden musikalischen Klängen den Abend. Er unterhielt mit einer Improvisation rund um den

Obstsorten« verfolgen sie das Ziel, eine neue Streuobstwiese mit traditionellen Obstsorten anzulegen.

Mitzerleben, wie stolz die Jugendlichen auf ihre Leistungen sind und wie groß die Freude ist, wenn sie sich mit ihrem Projekt vor Publikum präsentieren dürfen, macht immer wieder deutlich, wie bedeutend und unersetzlich derlei Aktionen und Veranstaltungen für die Jugendbildung sind.

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Ein wertkonservativer Revolutionär

Wolf-Dieter Beyer

// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir unter der Rubrik »Zur Person« an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in Ausgabe 5/14 eröffnet. //

Wolf-Dieter Beyer ist wegen seines ausgesprochen bürgerlichen Habitus ein untypischer Repräsentant für die Bürgerbewegung gewesen. Der Wertkonservative, zur Zeit der friedlichen Revolution bereits über 50 Jahre alt, repräsentierte in der DDR eine kaum mehr verbreitete Gesellschaftsschicht. Antiextremistisch ausgerichtet, wollte Beyer nicht nur die Diktatur beseitigt, sondern auch den DDR-Staat so schnell wie möglich abgeschafft sehen. Der Generalsekretär des Demokratischen Aufbruchs erwies sich etwa bei der Schaffung des Freistaates Sachsen als guter Organisator.

Beyers Leben in der diktatorischen DDR

Geboren am 18. Dezember 1938 in Halle/Saale als Sohn eines Lehrers, studierte der Protestant Maschinenbau an der TH Magdeburg. Nach dem Diplom im Bereich der Theoretischen und Angewandten Mechanik

war er von 1964 bis 1968 Pkw-Entwicklungsingenieur, von 1968 bis 1972 Technischer Leiter, von 1972 bis 1981 Betriebsdirektor. Diese Tätigkeit legte er nieder, als ihm die Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter, die im Westen gelebt hatte, untersagt wurde. Von 1983 bis Januar 1990 lautete seine Berufsbezeichnung »selbstständiger Maschinenbauer«. Die kommunistische DDR lehnte der mit

einer Ärztin Verheiratete nach den hautnahen Erfahrungen am 17. Juni 1953 in Halle ohne Wenn und Aber ab. Als er 1988 das erste Mal die Möglichkeit zu einem Westbesuch erhielt, wollte er im Bundespräsidialamt vor einer Anerkennung der Volkskammer warnen und Kontakte mit Systemgegnern vermitteln. Es hat ihn deprimiert, zwar vorgelassen, aber nicht wirklich gehört zu werden.

In der DDR machte der Partei-lose keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber dem Kommunismus, ohne freilich irgendwelche systemfeindlichen Aktivitäten offensiver Art zu entfalten. Gleichwohl bespitzelte ihn die Staatssicherheit (operativer Vorgang »Wange«) – sie verwanzte seine Wohnung. An die Einheit der deutschen Nation hatte er immer geglaubt.

Seine Aktivitäten 1989/90

In dem Moment, in dem die Diktatur zu bröckeln begann, stand der Pflichtmensch bereit. Ihm schwebte eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Vorbild vor. Während der friedlichen Revolution 1989/90 wurde die Politik für ihn zum Beruf. Am 8. November, also noch vor Öffnung der Mauer, prangerte Beyer vor einer Menschenmenge von über 15.000 in Limbach-Oberfrohna Repression wie Bevormundung an. Unter seiner Beteiligung wurde am 11. November der Demokrati-





sche Aufbruch für den Bezirksverband Karl-Marx-Stadt, wie Chemnitz damals hieß, ins Leben gerufen. Schnell gelangte Beyer in führende Funktionen: Bezirkssprecher und -vorsitzender für die Region Chemnitz, Mitglied im Bundesvorstand. Von April bis September 1990 oblag ihm hauptberuflich das Amt des Generalsekretärs. Beyer entfaltete mannigfache Aktivitäten beim Sturz der SED-Diktatur, beim Engagement für ein vereinigt Deutschland und bei der Errichtung des sächsischen Freistaates von unten.

Geschichte spielte sich in den Revolutionstagen im Zeitraffertempo ab. Wolf-Dieter Beyer sagte: »Das Wort alterte noch im Munde.« Und: »Wie bei der Livingstone-Expedition – die Betroffenen brauchten ein Minimum an Zeit, dem enormen Entwicklungstempo im Kopf folgen zu können.« Ihm ging es bei seinem Engagement im Demokratischen Aufbruch darum, die Grundlagen für eine demokratische Ordnung zu legen und die (teils mehr, teils

weniger »gewendeten«) Kommunisten aus ihren Machtpositionen zu verdrängen. Die Kraft der sächsischen Identität beeindruckte ihn im Umbruchprozess immer wieder. Beyer, ein strikter Anhänger der repräsentativen Demokratie und allen plebiszitären Experimenten abhold, entschied sich für den Demokratischen Aufbruch, weil dieser eine Partei werden wollte. Er mochte keine schnelle Fusion mit der CDU, sei es aus machtpolitischen Gründen, sei es aus prinzipiellen Erwägungen wegen der wenig rühmlichen Vergangenheit der Partei. In der CDU-Fraktion fühlte er sich anfangs nicht recht wohl:

»Die Alt-CDU in der Landtagsfraktion hat sich lange abgeblockt gegen uns.«

Die Zeit danach

Von 1990 bis 2004 gehörte das zeitweilige sächsische CDU-Landesvorstandsmitglied (1990/91) dem Sächsischen Landtag an. Beyer gewann dreimal – 1990, 1994 und 1999 – seinen Wahlkreis direkt. Er wirkte lange im Verfassungs- und Rechtsausschuss wie im Wirtschaftsausschuss. Das Wohl des Mittelstandes lag ihm am Herzen. Dem getreuen Biedenkopf-Mann gelang es nicht, in die erste Reihe vorzudringen, sei es, weil ihm Ehrgeiz fehlte, sei es, weil er nicht die nötige Härte für einen »Spitzenposten« besaß. Mit dem Politikstil von Biedenkopfs Nachfolger Georg Milbradt verband ihn keine große Sympathie. Daher fiel ihm der Schritt, 2004 nicht mehr für den Landtag zu kandidieren, keineswegs schwer, auch wegen seines fortgeschrittenen Alters.

Bodenständigkeit ist für ihn charakteristisch – und zwar gilt das gleich in mehrfacher Hinsicht. Erstens ist er seit mehr als 50 Jahren im westsächsi-

schen Limbach-Oberfrohna beheimatet, zweitens ist sein konservatives Weltbild festgefügt, drittens weiß er, nicht zu Abgehobenheit neigend, sich Bescheidenheit verpflichtet. Fehlendes Äquidistanzdenken gegenüber rechts- und links-extremistischen Anwandlungen ist ihm Grund zur Klage. Die fehlende Auflösung der SED kreidet er der Partei DIE LINKE bis auf den heutigen Tag an.

Ehrungen und publizistische Wirkung

Im Jahre 2010 erhielt Beyer die Sächsische Verfassungsmedaille. Gelegentlich äußert er sich in schriftlicher Form, meist zu Fragen des Umbruchs 1989/90, auch zur Kritik am »Superstaat« der EU. Der einstige Bürgerrechtler hält einen europäischen Bundesstaat für verfehlt, weil es kein europäisches Volk gäbe. Der Titel »Das Prinzip Haftung« seines 2013 verfassten kleinen Buches deutet die Kernthese an. Der Autor kritisiert die fehlende Haftung der Banken wie des Staates. Daher plädiert Beyer heute, anders als früher, für Volksabstimmungen, um solchen Missständen entgegenzuwirken.



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.

Literatur:

Wolf-Dieter Beyer, »Sozialismus mit Westgeld ist unmöglich«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 75–87.

Wolf-Dieter Beyer, Das Prinzip Haftung, Niederfrohna 2013.

Jan Bergmann

»anstellung eines Landtags«

Eine erste sächsische Landtagsordnung aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts

Aus einer noch jungen politischen Praxis wurden in der Geschichte immer wieder Normen abgeleitet, die für die Zukunft einmal bewährte Abläufe festschreiben sollten. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gab vermutlich zum ersten Mal ein ausformulierter Leitfaden den Geschäftsgang wieder, den die sächsischen Landtage bereits praktizierten.

Der Landtagsablauf

Das Gros der bekannten Niederschriften dieser sogenannten älteren Landtagsordnung enthält 17 bis 19 Paragraphen und umfasst den gesamten Ablauf eines Landtags: Nachdem sich der Kurfürst entschieden hatte, an welchem Tag und Ort er einen Landtag einberufen wollte, ließ er die gedruckten Ausschreiben an die Landstände versenden. Die Prälaten, Grafen und Herren, die Ritterschaft, die Städte und die Universitäten wurden direkt oder indirekt über die einzelnen Ämter der Kur- und Erblände eingeladen. Während sich die schriftsässigen (direkt von der Kanzlei des Kurfürsten benachrichtigten) Rittergutsbesitzer persönlich einfanden, entsandten die amtssässigen (vom Amt benachrichtigten) Rittergutsbesitzer und die Städte stets sowie die Prälaten, Grafen und Herren zumeist Vertreter zu den Landtagen.

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als »Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage« vor. //

Noch bevor sich jedoch die Stände zur Versammlung einfanden, ließ der Kurfürst die sogenannte Proposition aufsetzen. Sie führte die jeweiligen Beratungsgegenstände des folgenden Landtags auf. Am Beginn des eigentlichen Landtags fanden sich dann die Teilnehmer auf einem Saal am Tagungsort ein. Schon am Abend zuvor hatte ihnen der Hofmarschall die Sitzordnung mitgeteilt. Sie spiegelte nicht zuletzt den unterschiedlichen sozialen Rang der verschiedenen Stände. Am folgenden Tag eröffnete der Landesherr den Landtag. Während dieser Zeremonie ermahnte er die Teilnehmer zur fleißigen Beratung. Bei dieser ersten Zusammenkunft wurde die landesherrliche Proposition verlesen und an die Stände überreicht.

Im Anschluss an die bisher genannten Bestimmungen beschreibt die Landtagsordnung die Binnenstruktur der Ständeversammlung. Es werden die verschiedenen Ausschüsse, deren Vorsitze und die Hierarchie ihrer Voten festgelegt. Dann umreißt die Landtagsordnung den Ablauf der Sitzungen. Man beriet in den Ausschüssen über die einzelnen Punkte der Propo-

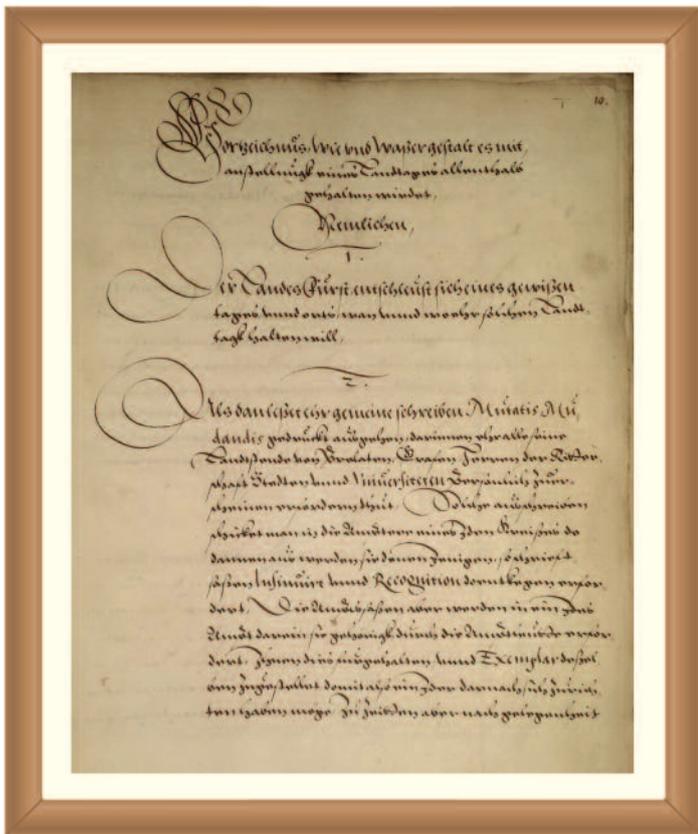
sition und erörterte eventuelle Bedenken. Die Ergebnisse wurden untereinander kommuniziert, um schließlich auf die Proposition des Landesherrn eine geschlossene Antwort der Stände zu formulieren. Dieses Schreiben verlas man dem Fürsten und seinen Räten. Daraufhin berieten diese, ob der Landesherr das Angebot der Stände akzeptieren könne oder ob er seine Forderungen erneut bekräftigen sollte. Dies betraf in erster Linie Geldforderungen des Landesherrn. Die Staatsfinanzen der Frühen Neuzeit speisten sich zu einem erheblichen Anteil aus Steuern, die die Stände billigten. Die Landtage gewährten solche Mittel in der Regel nur auf sechs Jahre. Dann mussten sie erneut bewilligt werden. Im Gegenzug versicherte der Landesherr den Ständen, seine Geldforderungen nicht in reguläre, dauerhafte Steuerverpflichtungen zu verwandeln. Hatten die Stände und der Kurfürst einen Konsens gefunden, fertigte der Landtag eine Bewilligungsschrift aus. Sie wurde in der Regel auch gedruckt. Die darin fixierten Geldzahlungen waren allerdings ebenso an Forderungen gebunden. Die Stände nutzten die

Gelegenheit, in sogenannten Gravamina selbst Sachforderungen zu stellen und Missstände zu benennen, Beschwerden vorzubringen und mit dem Fürsten dringende Themen des Landeswohls zu erörtern.

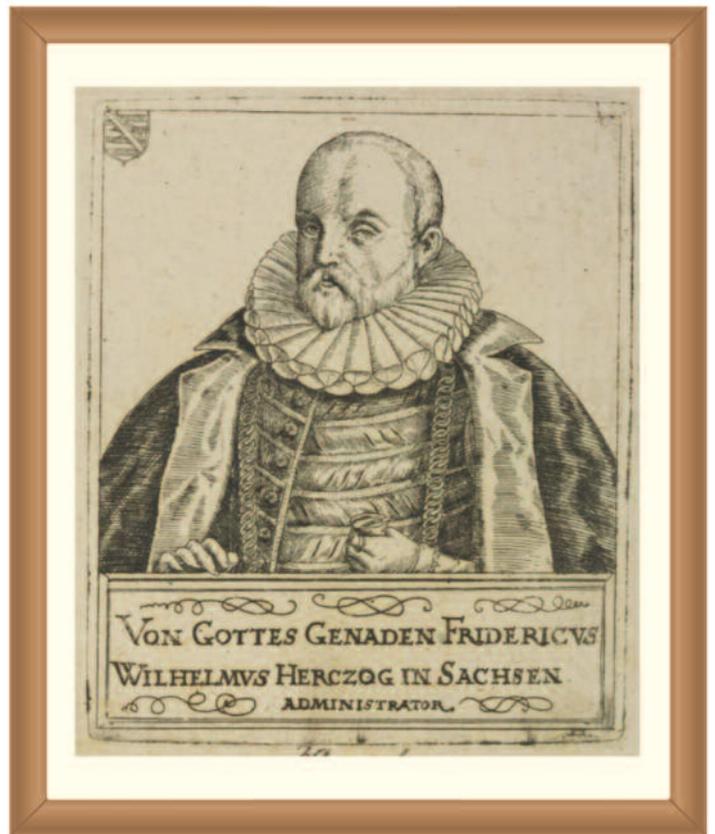
War der inhaltliche Teil des Landtags absolviert, folgte seine feierliche Beendigung. Während dieser Zeremonie wurde der sogenannte Abschied verlesen. Einige der Landstände, die adligen Besitzer der schriftsässigen Rittergüter bspw., erhielten eine Auslösung, um ihre Kosten für Quartier und Reise zu decken. Zu guter Letzt wurde ein Gremium aus sechs Adligen sowie je einer Person aus den wichtigsten Städten einberufen, das eine Revision der Einnahmen und Ausgabenrechnungen der Obersteuereinnahmer vornahm.

Die Entwicklungsgeschichte der Ordnung

Schon in der frühen sächsischen Landtagsgeschichte bedienen sich also ihre Protagonisten solcher Wegweiser wie der älteren Landtagsordnung. Derartige Niederschriften sollten festhalten, wie Ständeversammlungen abzuhalten seien. Das war bei einer großen Zahl an Beteiligten und bei den diffizilen Abläufen durchaus sinnvoll. Doch für lange Zeit, bis hinein in das 18. Jahrhundert,



// Erstes Blatt der sogenannten älteren Landtagsordnung in einer Abschrift von 1595 (Sächs HStA Dresden)



// Friedrich Wilhelm I. von Sachsen-Weimar als Administrator Kursachsens (Staatliche Graphische Sammlung München)

blieben diese Leitfäden ein Provisorium ohne Gesetzescharakter. Erst während des Landtags im Jahr 1728 publizierte August der Starke ein Dekret – die »Land- und Ausschuß-Tag-Ordnung«. Damit lag erstmals in Sachsen ein bindender Rechtstext vor, der die Abläufe einer jeden Ständeversammlung kodifizierte und die Missstände im Landtagsprozedere dauerhaft abstellen sollte.

Als man im beginnenden 18. Jahrhundert die neue kursächsische Landtagsordnung erstellte, diente die ältere Landtagsordnung als Vorlage. Man entnahm sie seinerzeit der Akte zum Torgauer Landtag des Jahres 1595. Während des gesamten 17. Jahrhunderts hatte sich diese provisorische Ordnung bereits im Geschäftsgang der Ständeversammlungen bewährt. Sie war inzwischen aber auch ergänzt und im Detail mehrfach abgewandelt worden. Somit la-

gen schließlich mehrere Versionen und Abschriften vor. Alle diese Texte orientieren sich an jenem Dokument, das am Ende des 16. Jahrhunderts erstmals Eingang in die Aktenüberlieferung der kursächsischen Landtage gefunden hatte. Die zurückhaltend formulierte Überschrift des mutmaßlich ältesten Textes »Vortzeichnus Wie und waser gestalt / es mit, anstellung eines Landtags / allenthalb gehalten wirdett« scheint dabei dem provisorischen Charakter der unbeglaubigten Ordnung gerecht zu werden.

Die neuere Forschung wies bereits darauf hin, dass dieser Leitfaden nicht erst im Jahr 1595 entstanden sein muss, sondern auch älteren Datums sein kann. Sie gab vermutlich einen Status quo wieder, der bereits in den Jahrzehnten zuvor praktiziert worden war. Dies lässt sich nicht zuletzt etwa auch an der Entwicklung der Mitgliederzahl

der Ausschüsse ablesen, die seinerzeit bereits markante Abweichungen erkennen ließ. Dieses und weitere Indizien sprechen dafür, dass die ältere Landtagsordnung spätestens in den 1560er-Jahren auf Betreiben der Stände niedergeschrieben worden sein dürfte.

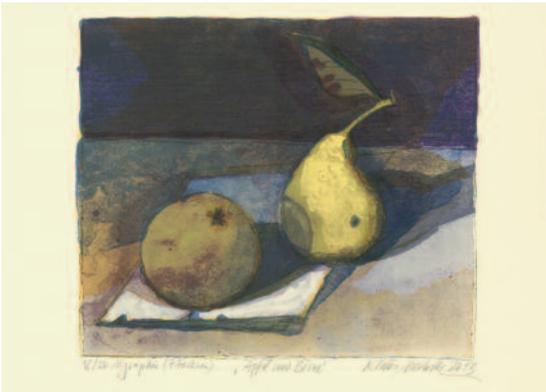
Fremder Fürst

Von 1591 bis 1601 lenkte Herzog Friedrich Wilhelm I. von Sachsen-Weimar (1562–1602) als Administrator die Geschicke des Kurfürstentums Sachsen. Sein Vetter, der Kurfürst Christian II. (1583–1611), war nach dem frühen Tod seines Vaters noch minderjährig. In den Jahren 1592, 1593 und 1595 berief der Regent je einen Landtag ein. Damit trat ein fremder Fürst mit den einheimischen Ständen in Verhandlungen. Eine Landtagsordnung, die sich vermut-

lich bereits seit etwa drei Jahrzehnten bewährt hatte, konnte für den reibungslosen Ablauf des Geschäftsganges durchaus von Vorteil sein. Das galt nicht nur für den Regenten, sondern auch für die Gesamtheit der Landtagsteilnehmer. Möglicherweise kam es deshalb dazu, dass die Landtagsordnung den regulären Dokumenten der Landtagsakte von 1595 beigegeben wurde.

Ungeachtet der letztlich nicht vollends aufgeklärten Fragen nach der Autorschaft und der genauen Entstehungszeit scheint festzustehen, dass die ältere Landtagsordnung, wenngleich sie nie Gesetzescharakter erlangte, den tatsächlichen Geschäftsgang der kursächsischen Landtage in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts sehr gut abbildet und seinerzeit gleichsam dabei half, die gefundenen Strukturen weiter zu verfestigen.

Ausstellungseröffnung am 27. Januar 2015 100 Sächsische Grafiken 2014 – Flachdruck



// Klaus Drechsler, Apfel und Birne, 2013, Algraphie
Repro: Digital Color Service Chemnitz

Die zehnte Biennale 100 Sächsische Grafiken stellte das grafische Verfahren des Flachdrucks ins Zentrum. Zu einer guten Tradition ist es geworden, dass die Arbeiten des Wettbewerbs im Sächsischen Landtag präsentiert werden. Zur Eröffnung dieser Präsentation laden der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbner, und der Kustos der Neuen Sächsischen Galerie Chemnitz, Alexander Stoll, am 27. Januar 2015 um 18:00 Uhr herzlich in das Bürgerfoyer des Landtags ein. In der Ausstellung werden die unterschiedlichsten zeitgenössischen Umgangsweisen mit der Lithografie, der Schablithografie und dem Lichtdruck, aber auch mit moderneren technischen Entwicklungen gezeigt. Insbesondere aus den Zentren der sächsischen Druckgrafik in Leipzig und Dresden werden dazu viele experimentelle Arbeiten oder Werke, die verschiedene Druckverfahren kombinieren, zu sehen sein.

Die Ausstellung kann von Montag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr besichtigt werden, der Eintritt ist frei.

Thomas Baum (SPD) rückt in den Sächsischen Landtag nach



Foto: S. Giersch

17.12.2014 – Zu Beginn der 4. Plenarsitzung hat Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner den Abgeordneten Thomas Baum (SPD-Fraktion) gemäß § 2 der Geschäftsordnung per Handschlag verpflichtet. Thomas Baum ist am 4. Dezember 2014 für den ehemaligen Landtagsabgeordneten Stefan Brangs (SPD), der sein Mandat mit Wirkung zum 2. Dezember 2014 niedergelegt hatte, nachgerückt. Brangs ist als Staatssekretär in das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gewechselt.

[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

17./18.12.2014
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

28.–29.01.2015
05.02.2015
11.–12.03.2015
27.–30.04.2015
10.–11.06.2015
08.–09.07.2015

Der Sächsische Landtag
überträgt die Plenarsitzungen
live als Videostream
auf der Internetseite
www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen,
die Wortprotokolle und die
Videoaufzeichnungen finden
Sie in unserem Internet-
auftritt.

Weiterhin werden die aktuel-
len Debatten der Plenar-
sitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt.
Nähere Informationen
entnehmen Sie bitte dem
Programm Ihres Senders.
Im MDR-Radio werden die
Landtagsdebatten zudem
live und digital auf DAB+ auf
dem Kanal MDR SACHSEN
EXTRA übertragen.
Weitere
Informationen
erhalten
Sie unter
www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüssel-
te elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentari-
schen Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Katrin Lindner, Christin Morgenstern, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö Grafik, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 19.12.2014.
Gastautoren: Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft, Professur Politische Systeme, Politische Institutionen, 09107 Chemnitz; Jan Bergmann, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Tina Manja, Sächsischer Landtag